

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Harald Koch, Niema Movassat, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Zum Tod des KSK-Elite-Soldaten in Afghanistan**

Am Samstag, dem 4. Mai 2013, starb bei einem Spezialeinsatz der Bundeswehr gegen die Taliban in Baghlan ein deutscher KSK-Elite-Kämpfer (KSK = Kommando Spezialkräfte) und ein weiterer wurde verletzt. Angaben von afghanischen Offiziellen zufolge hatten sie bei den Deutschen um Hilfe für eine sogenannte clearing operation gebeten, weil sich Taliban westlich von Baghlan Checkpoints errichtet hatten und die lokale Bevölkerung terrorisierten. Bei einer gemeinsamen Patrouille gerieten die deutschen Soldaten mit ihren afghanischen Begleitern unter heftiges Feuer von Aufständischen. Der Beschuss war so heftig, dass Luftunterstützung angefordert wurde, was danach passierte, ist noch unklar (SPIEGEL ONLINE, 5. Mai 2013).

Im ZDF-„heutejournal“ vom 5. Mai 2013 berichtet der langjährige ZDF-Afghanistan-Korrespondent, Uli Gack, zu dem Vorfall, dass mittlerweile afghanische Sicherheitskräfte aus Armee und Polizei, die auch von der Bundeswehr und deutschen Polizei ausgebildet wurden, gegeneinander kämpfen. Uli Gack vermutete sogar, dass afghanische Sicherheitskräfte für den Tod des deutschen Soldaten mit verantwortlich sein könnten. Laut Angaben des Afghanistan-Experten Thomas Ruttig, Ko-Direktor des „Afghan-Analysts-Network“ (AAA), kämpfen in der Provinz Baghlan verschiedene aufständische Gruppen teilweise gegeneinander, teilweise gemeinsam gegen Regierungstruppen. Um die Kontrolle zu erlangen, würden afghanische Sicherheitskräfte auch inoffizielle Kooperationen mit einzelnen aufständischen Gruppen eingehen, die aber nicht immer von langer Dauer seien. Teilweise würden auch ehemalige Aufständische in offizielle Einheiten integriert. Ob diese allerdings loyal sind, ist fraglich, wie bei zahlreichen Fällen von tödlichen Angriffen von infiltrierten afghanischen Kämpfern innerhalb der amerikanischen Truppen offenbar wurde.

Neben der offiziellen afghanischen Armee (ANA) und der Polizei gibt es auch Einheiten, die nicht unter der Kontrolle Kabuls, sondern zum Teil vom US-Geheimdienst CIA geführt werden. Menschenrechtsorganisationen werfen diesen Milizen schwere Vergehen vor. Auch die Bundeswehr soll am Aufbau solcher Hilfstruppen beteiligt gewesen sein. Das Afghan-Analysts-Network berichtet, dass die Bundeswehr im Norden, zumindest in der Vergangenheit, mit einer Gruppe aus dem CIPP (Critical Infrastructure Protection Project) kooperiert hat, die zeitweise über 1 800 Kämpfer verfügt haben soll. Sie wurden ausgebildet, um wichtige Infrastrukturprojekte wie etwa Brücken zu schützen, und sind formal den Polizeichefs unterstellt. Afghanistans Präsident Hamid Karzai hat allerdings die Auflösung dieser und anderer Milizen verlangt, was im Fall CIPP offiziell offenbar auch geschah. „Laut deutschen Quellen endete das CIPP Ende

September dieses Jahres“, hieß es 2012 in einem Blog von Afghanistan-Analysts-Network. Tatsächlich existieren viele Milizen aber wohl unter neuem Namen weiter (s. DER TAGESSPIEGEL „Das tägliche Risiko der Soldaten in Afghanistan“, vom 6. Mai 2013).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie kam es nach den vorläufigen Erkenntnissen der Bundesregierung zu dem in der Vorbemerkung der Fragesteller beschriebenen Vorfall in Baghlan?
2. Wie viele afghanische Soldaten und wie viele afghanische Zivilisten wurden dabei getötet oder verletzt?
3. Wie viele OMF (Aufständische) wurden bei dem Vorfall verletzt, getötet oder gefangen genommen?
4. Wie viele Polizisten wurden bei dem Vorfall getötet oder verletzt, und welcher Polizeiformation (AUP, ABP, ANCOP etc.) gehörten diese an?
5. Wer ist für den Tod des KSK-Soldaten verantwortlich?
6. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sich infiltrierte Aufständische unter den afghanischen Streitkräften (Armee/Polizei), welche gemeinsam mit den deutschen Soldaten auf Patrouille waren, befanden?
7. Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass von der Bundeswehr oder deutschen Polizei ausgebildete afghanische Sicherheitskräfte direkt oder indirekt für den Tod des Soldaten verantwortlich sind?
8. Wie viele Angriffe auf ISAF-Soldaten (ISAF = International Security Assistance Force) aus den Reihen der afghanischen Sicherheitskräfte (Armee/Polizei) hat die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren verzeichnet, wie viele davon auf Bundeswehrsoldaten (bitte auflisten)?
9. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass sich die an dem Vorfall beteiligten afghanischen Sicherheitskräfte untereinander bekämpft haben?
10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung generell über Machtkämpfe innerhalb des afghanischen Sicherheitsapparates (Armee/Polizei) vor?
11. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass von der Bundeswehr oder deutschen Polizei ausgebildete Sicherheitskräfte in gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb des afghanischen Sicherheitsapparates involviert sind?  
Wenn nein, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Anzahl der ausgebildeten Sicherheitskräfte sowie Häufigkeit und Art und Weise von gewalttätigen Übergriffen vor (bitte auflisten)?
12. In welcher Form hat die Bundesregierung in der Vergangenheit mit einer Gruppe aus dem CIPP kooperiert und diese ausgebildet?
13. In welcher Höhe flossen Gelder von der Bundesregierung an die Ausbildung und Kooperation mit dem CIPP?
14. Was geschah nach Kenntnis der Bundesregierung mit den 1 800 Kämpfern der CIPP und deren Waffen, nachdem diese Gruppe aufgelöst wurde?
15. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass viele Milizen, die ehemals der CIPP angehörten, unter neuem Namen weiter existieren?
16. Wie geht die Bundesregierung mit Vorwürfen um, dass sowohl von der CIPP als auch den sich nach deren Auflösung neu gebildeten Gruppen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte vor dem Hintergrund der Infiltration, die auch nach dem Abzug der ISAF-Truppen 2014 ein großes Risiko birgt, in einen neuen Bürgerkrieg zu münden?
18. Plant die Bundesregierung KSK-Einheiten, auch nach dem Abzug 2014, im Rahmen des Ausbildungskontingents der Bundeswehr, in Afghanistan zu belassen?

Berlin, den 23. Mai 2013

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

